

Entwicklung der Sozialpolitik II:

1918–1940

(Beginn 14h15)

Gliederung

- ◆ Die Weimarer Republik als früherer Wohlfahrtsstaat
- ◆ Sozialpolitik in Faschismus und Nationalsozialismus
- ◆ Der New Deal in den USA ab 1933

Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat Kontext

- ◆ Folgen des Ersten Weltkriegs und der Inflation
 - ◆ Weltkrieg
 - ◆ 1,5 Mio. sog. »Kriegsbeschädigte«; 1,7 Mio. Hinterbliebene (1924)
 - ◆ akute Wohnungsnot durch Zerstörungen und Flüchtlinge aus verlorenen Gebieten
 - ◆ Inflation verstärkte »neue Armut« durch Entwertung von
 - ◆ Sozialversicherungsleistungen
 - ◆ Kapitalvermögen
- ◆ Legitimitätsdefizit
 - ◆ Konträre Interessen von Arbeiterschaft, »neuen Armen«, Großindustrie und Landwirtschaft
 - ◆ Instabile Regierungen, Erschwerung einer konsistenten (Sozial-)Politik
- ◆ Zunehmende staatliche Umverteilung
 - ◆ Anteil Staatsausgaben/BIP 1913 17,7%; 1932 36,6%
 - ◆ Einkommen aus Renten und Pensionen 1913 3,2%; 1932 19,6%

18.11.2020

1918–1940

3

Institutioneller Rahmen I Soziale Verfassungsrechte

- ◆ Vor dem Hintergrund der Revolution in Deutschland ab November 1918 und in bewusster Antwort auf den Sowjet-Kongress in Russland (Sommer 1918) wurden Sozialrechte als bürgerliche Grundrechte in die Weimarer Verfassung (Juli 1919) aufgenommen
- ◆ Wichtige Gegenstände
 - ◆ Pflicht und Recht auf Arbeit bzw. Unterhalt bei Arbeitslosigkeit
 - ◆ Garantie umfassender Sicherung gegen Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Alter; Schutz von Mutterschaft
 - ◆ Schutz der Arbeitskraft
 - ◆ Arbeitsrecht (Tarifrecht, Streikrecht)
 - ◆ Ordnung des Wirtschaftslebens nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle

18.11.2020

1918–1940

4

Soziale Verfassungsrechte in der Weimarer Verfassung

- ◆ § 151 „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.“ (→ *Soziale Verpflichtung von Eigentum, Unternehmen und Landwirtschaft*)
- ◆ § 157 „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“
- ◆ § 161 „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“
- ◆ § 163 „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ (→ *Recht auf Arbeit, Pflicht zur Arbeit, Bürger*innenrecht auf Versorgung bei Arbeitsunfähigkeit*)

18.11.2020

1918–1940

5

Institutioneller Rahmen II Die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG)

- ◆ Ergebnis eines Abkommens zwischen Unternehmerverbänden und Freien (d. h. sozialdemokratisch ausgerichteten) Gewerkschaften
 - ◆ sog. Stinnes-Legien-Abkommen, November 1918
 - ◆ Hintergrund: Bestreben der Großunternehmen zur Eingrenzung der Revolution
 - ◆ Bedeutung: Vorläufer der Sozialpartnerschaft
- ◆ Hauptelemente
 - ◆ Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner (*Anerkennung der Koalitionsfreiheit*)
 - ◆ Anerkennung von kollektiven Tarifverträgen
 - ◆ Einvernehmliche Regelung von Tarifkonflikten in Schlichtungsausschüssen
 - ◆ 8-Stunden-Tag
- ◆ Geringe Effektivität
 - ◆ Zusammenbruch nach Ende der Inflation Ende 1923 im Zusammenhang mit Abschaffung des 8-Stunden-Tags

18.11.2020

1918–1940

6

Institutioneller Rahmen III

Staatliche Zwangsschlichtung (Verordnung 1923–1932)

- ◆ Ziel: Sicherung des Tarifvertragsprinzips
- ◆ Aufbau
 - ◆ Reichsbeauftragte Schlichter auf Ebene der Landesarbeitsbezirke
 - ◆ Intervention in Tarifkonflikte
 - ◆ Reichsarbeitsministerium kann Ergebnisse der Schlichtung, auch selbständige Schlichterurteile, für verbindlich erklären
- ◆ Effekte
 - ◆ 1924–1932 76000 Verfahren mit 4000 staatlichen Verbindlichkeitserklärungen, die zunehmend an die Stelle von Vereinbarungen unter den Tarifparteien traten
 - ◆ Schwerpunkte: Bergbau, Landwirtschaft und Angestelltenschaft
 - ◆ Minimalschutz von benachteiligten Arbeitsgruppen
 - ◆ Arbeitskämpfe, da Tarifparteien nicht mehr auf Kompromissfindung angewiesen waren
 - ◆ Vermehrung von Aussperrungen
 - ◆ Angriff der Unternehmen auf staatliche Schlichtung im Ruhreisenstreit 1928/29

18.11.2020

1918–1940

7

Ausbau der Sozialversicherung: Arbeitslosenversicherung

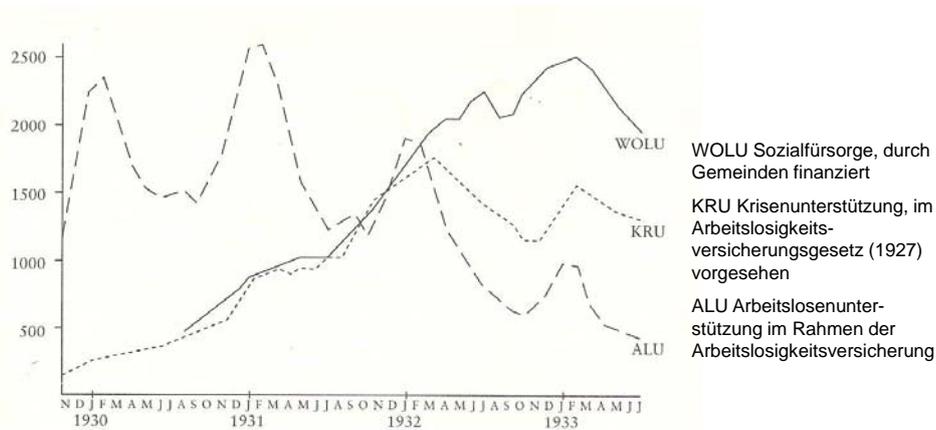
- ◆ Wurzeln seit dem späten 19. Jahrhundert
 - ◆ Städtische Arbeitsämter
 - ◆ Arbeitsnachweise von Gewerkschaften bzw. Zentralarbeitsgemeinschaft
 - ◆ Zur Hälfte durch Reich finanzierte Erwerbslosenfürsorge, November 1918
- ◆ Eckpunkte der Arbeitslosenversicherung (1927)
 - ◆ Finanzierung je zur Hälfte durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber
 - ◆ Leistung 35% des Lohns während 26 Wochen
- ◆ Zusammenbruch in der Weltwirtschaftskrise 1931
 - ◆ Kein Schutz vor Langzeitarbeitslosigkeit bzw. ungenügende Anwartschaften
 - ◆ Leistungskürzungen, auch bei anderen Sozialversicherungen
 - Anschwellen der Fürsorgebedürftigen, Zerrüttung der Gemeindefinanzen

18.11.2020

1918–1940

8

Einkommenssicherung in der Weltwirtschaftskrise Unterstützte nach Programm in 1000



Quelle: Sachße, Christoph und Florian Tennstedt: *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*, Bd. 3 (Stuttgart: Kohlhammer, 1992), S. 67.

18.11.2020

1918–1940

9

Von der Armenfürsorge zur Wohlfahrtspflege I Die „gehobene Fürsorge“

- ◆ Nach dem Ersten Weltkrieg Ausbau und Ausdifferenzierung der Fürsorge, wobei nicht mehr nur Armenfürsorge betrieben, sondern (allerdings ohne durchschlagenden Erfolg) als »abgehobene« Fürsorge die Lebenshaltung spezifischer Statusgruppen zu schützen gesucht wurde → Abgehen vom Prinzip der *less eligibility*
- ◆ Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge
 - ◆ Heilbehandlung, Fürsorge insbes. für Kinder, Gewährung von Renten
 - ◆ Finanzierung hauptsächlich durch Reich
 - ◆ Mitwirkung der Betroffenen bei Verwaltung, artikulierte Interessenverbände
- ◆ Klein- und Sozialrentnerfürsorge für Inflationsopfer (1924 0,5 bzw. 2,6 Mio.)
 - ◆ Ab 1922/3 Ergänzungsfürsorge von Fall zu Fall
 - ◆ Inanspruchnahme von ca. 1/3 der Rentenberechtigten

18.11.2020

1918–1940

10

Von der Armenfürsorge zur Wohlfahrtspflege II Inhaltliche Differenzierung der Fürsorge

- ◆ Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (1922/24)
 - ◆ Einheitliche Regelung der Fürsorgeerziehung in geschlossenen Anstalten
 - ◆ Einheitliche Regelungen zu kommunalen Jugendämtern
 - ◆ (Kontext: Wahrnehmung einer verbreiteten „Verwahrlosung“ der Jugend im Gefolge des Ersten Weltkriegs)
- ◆ Ausbau der Gesundheitsfürsorge vor allem auf der Ebene der Städte
 - ◆ Auf- und Ausbau von Gesundheitsämtern
 - ◆ Bau von Krankenhäusern, Altersheimen
 - ◆ Wichtige neue Bereiche der Außenfürsorge: Fürsorge für Mütter und Säuglinge; Prophylaxe gegen Infektionskrankheiten, insbesondere Tuberkulose
- ◆ Wohnungsfürsorge
 - ◆ Linderung der Wohnungsknappheit durch massive staatliche (Kommunen, Länder, Reich) Förderung des Wohnungsbaus
 - ◆ Wichtige Finanzierungsquelle für vergünstigte Hypotheken: Reichsweite Hauszinssteuer (1924)

18.11.2020

1918–1940

11

Von der Armenfürsorge zur Wohlfahrtspflege III Übergreifende Entwicklungen

- ◆ Verrechtlichung und Professionalisierung der Fürsorge
 - 1928 Sozialarbeiterin vom Reich anerkannter Beruf mit eigenem Ausbildungsgang
- ◆ Mit funktionaler Differenzierung Verstärkung des Trends zur Prophylaxe
- ◆ Zunahme des Gewichts des Reichs (1923 Abt. für Wohlfahrtspflege im Reichsarbeitsministerium), bei fortwährenden Reibungen ...
 - ◆ ... zwischen Reich, Länder und Kommunen
 - ◆ ... zwischen konfessionellen vs. staatlichen Institutionen
- ◆ Dominanz des Subsidiaritätsprinzips unter katholischem Einfluss im Reichsarbeitsministerium
 - ◆ Heinrich Brauns, 1868–1939, Priester, 1920–1928 Reichsarbeitsminister
 - ◆ Definition Subsidiaritätsprinzip: Der Zentralstaat soll sich Aufgaben nur annehmen, wenn sie nicht von Einzelnen, einer Gruppe oder einer niedrigeren staatlichen Ebene gelöst werden können.

18.11.2020

1918–1940

12

Sozialpolitik in der Ära des Faschismus und des Nationalsozialismus

18.11.2020

1918–1940

13

Faschismus und Nationalsozialismus Allgemeines

- ◆ Sozialpolitik von Faschismus und NS stellte eine Herausforderung für andere nicht-sozialistische Länder dar
 - ◆ durch das hohe Gewicht des Staats in Sozialversicherung und Fürsorge
 - ◆ durch die beanspruchte Universalität der sozialen Sicherheit über Erwerbsbevölkerung und Risiken der Erwerbsarbeit hinaus; Beispiele:
 - ◆ Familienschutz / Pronatalismus: Einführung Kindergeld F 1932, D 1935, I 1936, Spanien 1938, GB 1945 (Definition Pronatalismus: Bevölkerungspolitik, die auf eine Steigerung der Geburtenrate zielt)
 - ◆ Freizeitgestaltung
 - ◆ Erfassung Selbständiger / Landwirtschaft
- ◆ Aspekte von Totalitarismus
 - ◆ Universalität von Sicherungsprogrammen war Teil der Durchherrschung der Gesellschaft
 - ◆ Indienststellung von Programmen zur sozialen Sicherung für das Generieren von Unterstützung für das Regime
 - ◆ Rassistische Ausrichtung der NS-Sozialpolitik an der Gesundheit des »Volkskörpers«
 - ◆ niedriges effektives Leistungsniveau

18.11.2020

1918–1940

14

Sozialpolitik des Faschismus in Italien (1922–1945) Stichpunkte

◆ Allgemeines

- ◆ 1926/27 Konsolidierung des Regimes
- ◆ »Carta del lavoro« (1927): Ansätze zu einem staatskorporatistischen Regime
 - ◆ Zusammenschluss von Arbeitnehmern und Unternehmen in Syndikaten (Gewerkschaften); staatliche Kontrolle
- ◆ In zeitlicher Parallele Intensivierung der Sozialpolitik

◆ Die wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen

- ◆ 1925 Mutter- und Kinderschutz
 - ◆ Verbesserung der ärztlichen Versorgung (Geburt, Kind); finanzielle und Nahrungsmittelhilfe → Rückgang der Säuglingssterblichkeit
- ◆ Staatliche Kranken-, Unfall und Rentenversicherungen im Kapitaldeckungsverfahren
 - ◆ Basis: Postulat umfassender Sozialversicherung in der »Carta del lavoro«
 - ◆ Erfasste wie vor 1922 primär Arbeiter und Angestellte
 - ◆ führte zu Konzentration von Kapital beim Staat
- ◆ *Opera nazionale dopolavoro* (1926)
 - ◆ Organisation von Freizeitaktivitäten (Ausflüge, Konzerte, Sport, etc.)
 - ◆ Mitgliedergruppen in Fabriken und Gemeinden unter Führung der faschistischen Partei
 - ◆ Ziele: Steigerung nationalen Bewusstseins; Steigerung der Arbeitsproduktivität
 - ◆ eines der umfassendsten und populärsten Programme des Faschismus

18.11.2020

1918–1940

15

Die eugenische Kritik an der etablierten Sozialpolitik (wachsende Bedeutung 1930–1933)

◆ Hintergrund 1: Sozialhygiene

im späten 19. Jh. aufkommende vielfältige Bewegung; Ziel: Verbesserung der Volksgesundheit durch Verbesserung der Umweltbedingungen (u. a. Wohnen)

◆ Hintergrund 2: Eugenik

Anwendung humangenetischer Erkenntnisse auf die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik mit dem Ziel, die Verbreitung positiver Erbanlagen zu fördern bzw. die Verbreitung negativ bewerteter Erbanlagen zu verhindern

◆ Sozialhygiene und Eugenik als Basis für Kritik an Sozialpolitik

- ◆ Interesse an »Qualität« des »Volkskörpers« und seiner rationalen Fortpflanzung
- ◆ Durch nicht-diskriminatorische Unterstützung behindert herkömmliche Sozialpolitik die selbsttätige »Reinigung« des »Volkskörpers« von »Minderwertigen« → Umkippen von Sozialhygiene und Eugenik in Rassismus

◆ Beispiel: Artur Breitfeld, Irrwege der sozialen Fürsorge, Berlin 1932

»Den Stamm der Fürsorgeempfänger bilden allenthalben körperlich oder geistig, meistens körperlich und geistig Minderwertige, Kranke und Asoziale, die die Fürsorge häufig in der unerhörtesten Weise ausbeuten. Für diese Personen darf man Gesunde und Vollwertige jedenfalls nicht opfern.«

Zitiert nach Sachße/Tennstedt (1992), S. 48.

18.11.2020

1918–1940

16

Maßnahmen in den ersten Jahren des NS-Regimes I Deutsche Arbeitsfront

- ◆ Errichtung nach Zerschlagung der Gewerkschaften (1933)
- ◆ Mitgliederstärkste NS-Großorganisation (1942 25 Mio.)
- ◆ keinerlei Befugnisse der Interessenvertretung (z. B. in Tariffragen) mehr
- ◆ diente v. a. der organisatorischen Erfassung, kulturellen und sozialen Betreuung sowie der fachlichen und ideologischen Schulung
- ◆ Amt Schönheit der Arbeit
 - ◆ Propagierung von Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, teilweise in Konkurrenz zur Gewerbeaufsicht
 - ◆ Veranlassung von Unternehmen zur Errichtung von Kantinen, Aufenthaltsräumen, Werksbibliotheken, Sport- und Sanitäreinrichtungen
- ◆ Abt. »NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude«; Angebote: Konzerte, Sport, Tourismus

Hitler, paraphrasiert nach Robert Ley: „Ich will, dass dem Arbeiter ein ausreichender Urlaub gewährt wird und dass alles geschieht, um ihm diesen Urlaub sowie seine übrige Freizeit zu einer wahren Erholung werden zu lassen. Ich wünsche das, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur allein mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen.“

18.11.2020

1918–1940

17

Maßnahmen in den ersten Jahren des NS-Regimes II Sozialversicherung

- ◆ 1933–37 personelle Säuberung v. a. des Gesundheitspersonals (gegen 10%)
- ◆ Aufhebung der Selbstverwaltung zugunsten von staatlichen Anstalten
- ◆ Arbeitslosenunterstützung erfolgte ab 1937 unbefristet, war aber von periodischer Bedürftigkeitsprüfung abhängig → eher Fürsorge als Versicherung
- ◆ In Kranken- und Rentenversicherung Ansätze des Übergangs von der Arbeiter- zur Volksversicherung
 - ◆ 1938 obligatorische Rentenversicherung für Handwerker
 - ◆ 1941 Ausweitung der obligatorischen Krankenversicherung auf Rentner
 - ◆ 1942 Ausweitung der Unfallversicherung auf alle abhängig Beschäftigten
- ◆ Leistungen blieben auf tiefem Niveau der Weltwirtschaftskrise

18.11.2020

1918–1940

18

Maßnahmen in den ersten Jahren des NS-Regimes III Sozialfürsorge — Antinatalismus

- ◆ Aufbau der NS-Volkswohlfahrt (NSV) als staatlicher Fürsorgeträger
 - ◆ als Verein organisiert: 1939 12,5 Mio. Mitglieder, 56% aller Haushalte
 - ◆ Wichtige Zweige
 - ◆ Winterhilfe: neben Umverteilung in der Bevölkerung 1938/9 36% der öffentlichen Fürsorgeausgaben
 - ◆ »Mutter und Kind«: Beratung, Erholungsurlaube
 - ◆ Aufwertung und Organisationsweise der Sozialfürsorge implizierten einen Abbau von Rechtsansprüchen sowie die Aufwertung traditioneller direkter Umverteilung
- ◆ Antinatalistische Bevölkerungspolitik
 - ◆ Weitgehende staatliche Durchherrsung von Fürsorge und Gesundheitswesen in bildete Basis für antinatalistische Eugenik
 - 1933–1944 rd. 400.000 Sterilisationen, über 200.000 Krankenmorde

18.11.2020

1918–1940

19

Paul Wulf (1921–1999) Opfer von Jugendfürsorge und Eugenik



Silke Wagner: Münsters Geschichte von unten – Paul Wulf (Skulptur Projekte 2007, Servatii-Platz, Münster)

- ◆ Geboren in Altenessen als Sohn eines Bergmanns
- ◆ Aus finanziellen Gründen schickten die Eltern Paul 1928 in das Kinderheim des katholischen St. Vincent-Heims in Cloppenburg
- ◆ 1932 Verlegung in die jugendpsychiatrische Anstalt Marsberg
- ◆ Antrag der Eltern auf Entlassung wurde wegen Diagnose auf „angeborenen Schwachsinn ersten Grades“ nur unter Bedingung der Zwangssterilisation gewährt, die 1938 im Paderborner Landeskrankenhaus durchgeführt wurde
- ◆ 1950 gerichtliche Feststellung, dass die genannte Diagnose aufgrund der günstigen Spätentwicklung Wulfs nicht mehr aufrecht erhalten werden könne
- ◆ 1979 Erwerbsunfähigkeitsrente als Opfer der NS Zwangssterilisierung
- ◆ Nach dem Krieg in Münster Organisator antifaschistischer Ausstellungen und Aktionen

18.11.2020

1918–1940

20

Der New Deal in den USA ab 1933

18.11.2020

1918–1940

21

Der New Deal in den USA Kontext

- ◆ **Weltwirtschaftskrise**
 - ◆ 1929–1933 Rückgang des realen BIP um 28,9%
 - ◆ Anstieg der Anzahl Arbeitsloser von 1,5 auf 12,8 Mio.

- ◆ **Die politische Koalition des New Deal**
 - ◆ Charismatische Führung von Franklin D. Roosevelt (Präsident 1933–1945)
 - ◆ 1930er/1940er Jahre Entstehung einer neuen Koalition
 - ◆ traditionelle Südstaatendemokraten
 - ◆ Großunternehmertum
 - ◆ organisierte Arbeiterschaft, Beamtentum
 - ◆ reformorientierte städtische Mittelschicht der Ostküste
 - ◆ Zerfall späte 1970er Jahre (1980 Wahl von Ronald Reagan, Rep.)

18.11.2020

1918–1940

22

Maßnahmen 1933–1935 I Eingriffe in Arbeitsmärkte

- ◆ Bundesprogramme für Infrastrukturbauten sowie Arbeitsbeschaffung
 - ◆ Wichtigstes Bundesprogramm für Infrastrukturbauten: Tennessee Valley Authority
 - ◆ Unterstützung von Projekten von Gemeinden und Staaten
 - ◆ Bundesprogramme zur Arbeitsbeschaffung

- ◆ National Industrial Recovery Act bzw. Administration (NRA)
 - ◆ Ziel war Wiederbelebung der Industrie durch Regulierung von Preisen, Löhnen und Wettbewerbsbedingungen
 - ◆ bis 1935 (Erklärung der Verfassungswidrigkeit) Ausarbeitung zahlreicher branchenspezifischer »Codes«

- ◆ National Labor Relations Act / Wagner Act (1935)
 - ◆ Organisations- und Verhandlungsfreiheit für Gewerkschaften
 - ◆ Streikrecht
 - ◆ nationale Schlichtungsbehörde

18.11.2020

1918–1940

23

Maßnahmen 1933–1935 II Einkommenssicherung — Fiskalpolitik

- ◆ Social Security Act (1935)
 - ◆ Einführung einer Lohnsummensteuer zur Finanzierung ...
 - ◆ einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung (OAS) sowie Invalidenversicherung (OAS-DI) unter Ausnahme der Landwirtschaft sowie zahlreicher weiterer Berufszeige; allerdings niedriges Leistungsniveau
 - ◆ einer Old Age Assistance (OAA)
 - ◆ hohe einzelstaatliche Autonomie in der Ausgestaltung dieser Versicherungen
 - ◆ fiskalische und regulatorische Begünstigungen einzelstaatlicher Arbeitslosenversicherungen

- ◆ Expansionäre Fiskalpolitik
 - ◆ Neue Bundesprogramme wurden ohne Ausweitung der Steuerbasis aufgelegt
 - Ab 1932 Defizit des Bundesbudgets im Umfang von ca. 4% des BIP über mehrere Jahre

18.11.2020

1918–1940

24

New Deal Würdigung

- ◆ Im Vergleich zu Europa geringe Entwicklung der sozialen Sicherung, trotz späterer Ausbausritte (insbesondere in den 1960er Jahren)
 - ◆ niedriges Leistungsniveau
 - ◆ keine staatliche Krankenversicherung (nur Versorgung für Alte und Arme)
- ◆ Erklärung des Unterschieds zu Europa
 - ◆ Zersplitterung von Wirtschaft und Interessenorganisationen
 - ◆ Eigenschaft der USA einer Einwanderungsgesellschaft → lange geringer Abhängigenanteil ([Alte+Kinder]/Gesamtbevölkerung)
- ◆ Rasse und Berechtigungen bezüglich sozialer Leistungen
 - ◆ In den 1930er–1960er Jahren wurde der Rassenunterschied in Klassenunterschiede bezüglich sozialer Leistungen transformiert
 - ◆ Folge u. a. der Dezentralisierung der Sozialpolitik, d. h. Südstaaten bauten Programme der Einkommenssicherung deutlich weniger aus als andere Staaten
→ Wichtiger Anknüpfungspunkt für Bürgerrechtsbewegung der 1950er/1960er Jahre

18.11.2020

1918–1940

25